



PROTOKOLL

**der Sitzung des Auslandschweizerrates
vom 16. März 2013, von 09.00 bis 17.40 Uhr
im Rathaus Bern**

TRAKTANDEN

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum
2. Protokoll der Sitzung vom 17. August 2012
3. Bericht des Präsidenten
4. Mitteilungen
5. Dispositiv des Bundes für Krisen-/Konflikt-/Katastrophenfälle
6. Auslandschweizergesetz – Standortbestimmung
7. Bankverbindungen/Zahlungsverkehr-Grundversorgung für Auslandschweizer
8. Steuerabkommen / Finanzplatz Schweiz
9. Initiativen „gegen Masseneinwanderung“ und „Stopp der Überbevölkerung“
10. Swissinfo-Angebote für Auslandschweizer
11. Schweizer in Italien - Präsentation
12. Aktuelle Stunde
13. Amtszeit des Präsidenten. Änderung des ASO-Reglements (Antrag Bloch)
14. Jahresbericht 2012 – Genehmigung
15. Jahresrechnung 2012 – Genehmigung
16. Budget 2013 – Genehmigung
17. Wahl des Revisionsorgans
18. Anerkennung von Schweizervereinen
19. Verschiedenes

Die Traktanden wurden in folgender Reihenfolge behandelt: 1-8 – Lunch – 9,13,10-12, 14-19.

Der Präsident, Jacques-Simon Eggly, heisst die Anwesenden in Bern willkommen. Er begrüsst Ehrenpräsident Georg Stucky sowie die Vertreter des EDA, Gerhard Brügger, Jean-François Lichtenstern und Thomas Kalau. Er freut sich über die Präsenz von alt Nationalrätin Thérèse Meyer-Kaelin sowie der alt Nationalräte Remo Gysin und Yves Guisan sowie der aktiven Parlamentarier Filippo Lombardi und Roland Rino Büchel.

Die Traktandenliste wird ohne Bemerkungen angenommen. Herr Eggly schlägt vor, den Punkt 13 vorzuziehen und nach Punkt 9 zu behandeln. Der Rat stimmt dem Vorschlag zu.

Als Stimmzähler schlägt Herr Wyder die Herren Rolf Brulhart, Freddie Wyser und Philippe Vuillemin vor. Diese werden stillschweigend gewählt.

1. Feststellung der Stimmberechtigung / Quorum

Der Rat zählt aktuell 134 Stimmberechtigte, davon sind zu Beginn der Sitzung 68 anwesend. Das verlangte Quorum (ein Drittel oder 43 Stimmen) ist somit erreicht. Der Rat ist beschlussfähig.

2. Protokoll der Sitzung vom 17. August 2012

Das Protokoll wurde den Ratsmitgliedern am 18. Oktober 2012 zugestellt. Zwei beantragte Änderungen (Etchart/Seite 6 und Notz/Seite 7) sind vorgenommen worden. Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum Protokoll.

Herr Eggly erklärt das Protokoll als genehmigt und dankt der Verfasserin.

3. Bericht des Präsidenten

Herr Eggly geht in seinem Rechenschaftsbericht insbesondere auf die folgenden Themen ein:

- Unterstützung junger Auslandschweizer
- Schnelle Einführung Vote électronique im Auslandschweizererrat
- Auslandschweizergesetz
- Wiederwahl Auslandschweizererrat Legislatur 2013-2017

*Für den genauen Wortlaut sei auf den Bericht des Präsidenten (**Dokument R-2013/7**) verwiesen.*

Der Rat nimmt vom Bericht des Präsidenten Kenntnis.

4. Mitteilungen

Herr Wyder kommentiert die Auslandschweizerstatistik 2012. Es leben 716'000 Schweizer im Ausland, womit der Gesamtbestand weiter angestiegen sei. Zwei Drittel der Auslandschweizer würden in Europa leben, die grösste Schweizergemeinschaft bestehe in Frankreich, gefolgt von Deutschland, USA, Italien, Kanada. Die Zahl der Auswanderer übersteige jene der Rückkehrer. Weiter gebe es 150'000 registrierte Stimmberechtigte. Dies sei viel mehr als bei der Einführung vor gut 20 Jahren erwartet. Hingegen liege die Stimmbeteiligung unter Auslandschweizern unter dem Durchschnitt im Inland. Er ruft dazu auf, sich nicht nur zu registrieren, sondern die Rechte auch auszuüben.

Herr Baur fragt, welches die Natur der Auswanderer sei und warum der Schweizer auswandere.

Herr Wyder sagt, man wisse viel zu wenig über die Wanderungsbewegungen, Statistiken geben keine Auskunft über die Gründe. Es gebe ein grobes Raster über die Alterskategorien. Entgegen dem Bild der Medien seien es wenige über 65 jährige sondern vor allem beruflich aktive.

Herr Haechler fragt nach der Stimmbeteiligung in Prozent.

Herr Wyder antwortet, nur eine Minderheit der Kantone weise die Zahlen der Auslandschweizer aus. Stichproben aus einzelnen Kantonen ergeben eine Stimmbeteiligung von 35-40%, bei aussenpolitischen Vorlagen allerdings 50% und mehr.

Herr Baur ist erstaunt, dass der ASR die Personenfreizügigkeit nicht traktandiert habe. Der Bundesrat müsse im Frühjahr über die Ventilklausel entscheiden. Er sei gerne bereit, etwas dazu beizutragen.

Herr Wyder nimmt die Anregung zuhanden des Vorstandes zur Kenntnis. Das Anliegen könne auch in der „aktuellen Stunde“ auf den Tisch gebracht werden.

Frau Etchart sagt, es gebe enorme, oft grundlose Restriktionen bei den Einbürgerungen.

Herr Müller wünscht sich 500'000 stimmberechtigte Auslandschweizer. Im südlichen Afrika habe man die Stimmquote in zehn Jahren von 17% auf 30% erhöhen können. Er fragt den Vorstand, ob es realistisch sei, bis 2022 eine Stimmquote von ungefähr 50% zu erzielen.

Herr Wyder leitet die Anregung an den Vorstand weiter. Die Zahl könne weiter gesteigert werden. Aber nicht nur die Einschreibequote müsse erhöht werden, sondern auch die Stimmbeteiligung.

Frau Rustichelli erwähnt die Zusammenarbeit mit dem Kanton Tessin bezüglich SwissCommunity. Der Kanton verwalte seine Seiten selbst und sei damit der erste Kanton, der dies tue.

Herr Lemeslif fragt, ob dies auch für weitere Kantone möglich wäre.

Frau Rustichelli antwortet, dies sei wünschenswert.

Frau Engel macht darauf aufmerksam, dass ab der nächsten Schweizer Revue eine App für iPad und Androide zur Verfügung stehe und erhofft sich damit ein grosses Sparpotential, wenn immer mehr Leser auf die elektronische Version umsteigen. Die Probeversion könne getestet werden, Inputs könnten direkt der Druckerei gegeben werden.

Herr Brulhart fragt, was unternommen werde, um die Dauer zwischen Deadline und Druck zu verkürzen.

Frau Engel versichert, es sei der Wunsch der Redaktion abzuschliessen und schnell zu drucken. Man stosse mit vier Sprachen aber an Grenzen. Die Zeit sei so weit möglich verkürzt worden.

Herr Begey wünscht 12 Regionalseiten pro Ausgabe.

Frau Engel antwortet, 12 Seiten könnten nicht garantiert werden.

Herr Lichtenstern verlässt nach vier Jahren den Posten als Delegierter für Auslandschweizerbeziehungen. Er wird als Generalkonsul nach Los Angeles versetzt. Nach einem Rückblick auf seine Karriere und die letzten Jahre in Bern bedankt er sich für die intensive Zusammenarbeit mit ASR und ASO. Er bedankt sich speziell bei Direktor Rudolf Wyder für die grosse Sensibilität, mit welcher schwierige Diskussionen gemeistert werden konnten und bei Botschafter Gerhard Brügger, welcher viel Vertrauen in seine Arbeit gesetzt habe. Wichtige Meilensteine seien der Leistungsauftrag zwischen EDA und ASO sowie das in Ausarbeitung stehende Auslandschweizergesetz gewesen.

Herr Eggy unterstreicht die Freundschaft, die über die Jahre entstanden sei sowie Loyalität, Humor, Gerechtigkeit, Respekt und Sensibilität mit welchen Herr Lichtenstern seine Aufgaben gemeistert habe und bedankt sich für die wertvolle Zusammenarbeit.

5. Dispositiv des Bundes für Krisen-/Konflikt-/Katastrophenfälle

Herr Ralf Heckner, Botschafter und Chef des Krisenmanagementzentrums im EDA, sagt, Auslandschweizer seien eine politische Priorität. Es gebe grosse politische Unsicherheiten, wirtschaftliche Krisen, ökologische Katastrophen. Die Schweiz habe eine grosse globale Präsenz mit 700'000 Auslandschweizern und rund 10 Millionen Reisenden pro Jahr sowie dem grossen Vertretungsnetz. Da-

mit sei sie potentiell verletzbar. Konsulardirektion und Krisenmanagement würden eng zusammenarbeiten. Zurzeit seien Fälle von Geiselnahmen zu behandeln. Das EDA warne mit Reisehinweisen vor gefährdeten Ländern. Generell würden einerseits eventuelle Fälle vorbereitet und andererseits akute Fälle bearbeitet. Dabei werde die Eigenverantwortung hochgehalten. Das Mandat des Krisenmanagements sei die Unterstützung von Schweizern in Notlagen. Die Instrumente seien Reisehinweise, Kontakte mit Partnern und aufmerksam auf Risiken machen. Ein Entführungsfall gefährde die Schweiz generell. Die ASO kann die Reisehinweise an den Mann/die Frau zu bringen. Vorbereitet würden Fälle anhand von monatlichen Screenings von gewissen Ländern. Die Lageanalyse finde mit diversen Diensten von EDA, VBS und EJPD statt. Weiter würde das Personal gezielt ausgebildet. Botschaften und Vertretungen hätten alle ein Krisendispositiv. Auslandschweizer würden eine wichtige Rolle spielen, sie würden im Falle einer Krise das Krisenmanagement unterstützen. Krisensituationen würden regelmässig simuliert und geübt. In der Nachbearbeitung werde analysiert, was gut und schlecht gemacht worden sei, damit aus Fehlern gelernt werden könne.

Herr Bloch fragt, welchen Platz die ASO im Krisendispositiv einnehme. In Israel habe der Schweizerklub selber ein Dispositiv.

Herr Heckner antwortet, in einem ersten Schritt sei jeder Staat für seine Bürger und die gesamte Bevölkerung auf seinem Territorium zuständig. Botschaft und ASO müssten konkret auf einander zugehen. Herr Heckner wolle den Input weitergeben.

Herr Bloch sagt, die Zusammenarbeit sei da, aber sie sei nicht definiert.

Herr Heckner erwidert, sie könne nicht generell definiert werden. In jedem Land müsse anders vorgegangen werden.

Herr Schnyder fragt, wer für die Kosten, die bei einem Entführungsfall entstünden, aufkomme und ob der Entführte haftbar gemacht würde.

Herr Heckner antwortet, das neue Gesetz sehe vor, dass die Eigenverantwortung grösser werde. Das Parlament müsse darüber diskutieren, inwieweit Entführungssopfer Kosten mittragen müssen.

Herr Brulhart fragt, auf welcher Website diese Informationen stünden und ob es eine Helpline gebe sowie nach der Arbeitsteilung zwischen Krisenmanagementzentrum und der Konsularischen Direktion. Er möchte auch wissen, ob es für USA/Kanada Erdbebendispositive gebe.

Herr Heckner sagt, es gebe keine spezielle Helpline, jene des EDA sei für das gesamte Departement gültig. Zusammen mit der Konsularischen Direktion werde beurteilt, in welche Abteilung der Fall komme. Viele Fälle würden erst in der Krisenzelle, später in der Konsularischen Direktion behandelt. Die Website des Krisenmanagements mit den Reisehinweisen sei die wichtigste Seite für Informationen.

Herr Lichtenstern fügt an, auch bei einem Erdbeben seien zuerst die Vorgaben der lokalen Behörden zu befolgen.

Herr McGough macht darauf aufmerksam, dass weiterhin Vertretungen geschlossen würden. Damit werde das Netz verkleinert und die Beziehungen der Schweiz mit der Welt verschlechtert.

Herr Heckner erwidert, der Staatssekretär möchte dem EDA mehr Geld zur Verfügung stellen und mehr in das Vertretungsnetz investieren.

Herr Brügger sagt, es sei schon öfters darüber diskutiert worden. Die Beziehungen zu anderen Staaten seien intakt und würden intensiv gepflegt.

Herr Aeschlimann findet die Ausführungen von Herrn Heckner theoretisch. Er fragt, wie die Honorarkonsuln und die Schweizer Vereine konkret eingebunden würden.

Herr Heckner sagt, er spreche aus Berner Perspektive. Direkte Kontakte mit Honorarkonsuln und Schweizer Vereinen würden von den Vertretungen vor Ort unterhalten. Seine Ausführungen seien gar

nicht theoretisch. Beispielsweise bei einer Krise im Kongo habe ein Auslandschweizer die grösste Arbeit gemacht.

Frau Michel findet, die Ratsmitglieder müssten beim EDA stärker eingebunden werden und in die örtlichen Krisenpools integriert werden.

Herr Heckner will das Thema an der Botschafterkonferenz, wo sich das Krisenmanagementzentrum vorstellen werde, aufnehmen. Normalerweise seien die Botschaften aber in gutem Kontakt mit den Auslandschweizern vor Ort und diese seien bereits gut eingebunden.

Herr Brügger versichert, das Netz der Honorarkonsuln sei integrierter Bestandteil des Aussennetzes. Dies gehe aus der Präsentation nicht hervor und müsse korrigiert werden. Die Vertretungen seien nicht nur dankbar für die Zusammenarbeit sondern seien darauf angewiesen. Man wolle Milizarbeiter aber nicht überstrapazieren und sei deshalb zurückhaltend.

6. Auslandschweizer-Gesetz - Standortbestimmung

Herr Lombardi erklärt, das Auslandschweizergesetz sei nun in der Erarbeitungsphase. Es werde am 22. April in der SPK beraten und komme danach in die Vernehmlassung, welche rund vier Monate dauern werde. Die Subkommission habe ihre Arbeit beendet, die SPK habe zwei Drittel gemacht, die Weichen seien gestellt. Nach der Vernehmlassungsphase vervollständige die SPK ihre Arbeit. Im Dezember sei das Gesetz bereit zur Behandlung im Ständerat. In Kraft treten werde es frühestens 2015. Der Titel werde sein: Bundesgesetz über die Schweizer Personen und Institutionen im Ausland. Die Inhalte seien die verlangten, die ASO werde erwähnt, ausserdem seien festgehalten: politische Rechte, Sozialhilfe, Information, konsularische Schutzleistung. Ob die Auslandschweizerschulen miteingezogen würden, sei noch offen, weil diesbezüglich auch ein Gesetz in Erarbeitung sei und Doppelspurigkeiten zu vermeiden seien.

Herr Müller findet, die Stimmen der Auslandschweizer seien über 26 Kantone verzettelt. Damit könne kein Auslandschweizer ins Parlament gewählt werden. Er fragt weiter, warum die Immatrikulation abgeschafft werden solle.

Herr Lombardi antwortet, der 27. Kanton sei ein Vorschlag von Nationalrat Sommaruga gewesen, der im Ständerat keine Gnade gefunden habe. Er findet, nun müsse die Basis für das Gesetz geschaffen werden. Dieses könne später verfeinert werden. Die Meinungen über die Immatrikulationspflicht gingen auseinander. 70% der Auslandschweizer seien Doppelbürger, einige hätten vielleicht kein Interesse an der Immatrikulierung.

Herr Knoblauch stört sich daran, dass der ASR nicht gefragt worden sei, ob er den 27. Kanton wolle.

Herr Eggly antwortet, der ASR habe empfohlen, den Vorschlag Sommaruga in Betracht zu ziehen. Dann wurde im ASR beschlossen, den Rat selber zu stärken. Das Thema sei diskutiert worden.

Herr Lombardi meint, die Frage müsste in ein paar Jahren wieder aufgeworfen werden. Es müsste auch hinterfragt werden, in welcher Gemeinde Auslandschweizer stimmen sollten.

Herr Guisan sagt, das Gesetz regle hauptsächlich administrative Aspekte. Man dürfe aber nicht die Beziehungspflege vergessen.

Herr Eggly antwortet, die ASO werde in der Vernehmlassung Stellung nehmen und auf Lücken hinweisen.

Herr Lombardi fügt an, das Gesetz werde viele administrative Aspekte haben, aber die Interessen der Auslandschweizer würden nicht vergessen gehen.

7. Bankverbindungen/Zahlungsverkehr-Grundversorgung für Auslandschweizer

Herr Büchel verweist auf die zunehmende Empörung der Auslandschweizer gegenüber den Banken. Es sei inakzeptabel, dass Personen, die die Steuergesetze ihres Landes respektieren würden, keine Bankbeziehungen mehr eingehen könnten. Der ASR fordere Banken und Behörden auf, Lösungen zu vernünftigen Konditionen zu finden. Deshalb habe er eine Motion eingereicht, die vom Bundesrat verlange, sicherzustellen, dass alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei Postfinance ein Konto eröffnen und zu vernünftigen Bedingungen unterhalten können. Einziger gangbarer Weg schein eine Leistungsauftrag des Bundes an die Post. Der Bundesrat lehne die Motion ab. Das Parlament müsse nun entscheiden. Der Druck müsse aufrechterhalten werden, das Thema müsse in den Medien präsent bleiben. Auf SwissCommunity solle diskutiert werden. Ziel sei es, Bankverbindungen zu akzeptablen Bedingungen zu erreichen.

Herr Eggly sagt, die ASO unterstütze die Motion Büchel und hofft, dass das Parlament dies auch tun werde.

8. Steuerabkommen / Finanzplatz Schweiz

Herr Descoeurdes, Chef der Sektion finanzielle Angelegenheiten im EDA, informiert über das Abkommen betreffend FATCA, welches zwischen der Schweiz und den USA in Kraft treten wird. Seit der Finanzkrise seien grenzüberschreitende Dienstleistungen eingeschränkt, man wolle diese wieder herstellen und sichern. Dazu gehöre die Bekämpfung von Geldwäscherei. Bei FATCA komme es zu einem automatischen Datenabgleich. Banken weltweit müssten sich bei den amerikanischen Steuerbehörden registrieren. Dabei hätten sie zwei Möglichkeiten: kooperieren und Daten offenlegen oder eine Quellensteuer von 30% bezahlen. FATCA bringe einen grossen administrativen Aufwand. Die Schweiz habe das Abkommen Ende Februar unterzeichnet. Jetzt sei es in der Vernehmlassung. In der Sommersession werde es im Parlament behandelt und Anfang 2014 solle es in Kraft treten. Die Schweiz habe erreicht, dass Nationalbank und Pensionskassen nicht betroffen seien und gewisse Institute Erleichterungen erhielten. Diese müssten sich als FATCA-konform zertifizieren lassen. Banken, die FATCA voll umgesetzt hätten, hätten eigentlich keinen Grund mehr, Auslandschweizer nicht zu bedienen. Jedoch könnte der Aufwand der Umsetzung auf die Kunden abgewälzt werden.

Herr Büchel fragt, ob Postfinance zu den FATCA-konformen Institutionen gehöre.

Herr Descoeurdes antwortet, der Entscheid von Postfinance gegenüber FATCA sei unbekannt.

Herr Gysin präsentiert dem Rat den Entwurf zur Stellungnahme der ASO (**Dokument R-2013/6**).

Herr Lemeslif verweist auf die Bankbeziehungen zwischen Frankreich/EU und Schweiz und die häufige Verweigerung von Kontoeröffnungen.

Herr Knoblauch hat den Eindruck, dass die Schweizer Behörden zu schnell und zu bereitwillig auf Druck aus den USA reagieren. Sie hätten zu viel nachgegeben. Nach den Bankkonten werde das Problem auf Hypotheken und Kreditkarten ausgeweitet.

Herr Büchel sagt, Hypotheken seien nicht in seiner Motion eingeschlossen weil Postfinance keine Hypotheken anbiete.

Herr Stern sagt, Diskrimination sei inakzeptabel.

Herr Descoeurdes erklärt, die Probleme seien für in der Schweiz lebende Amerikaner gelöst, aber nicht für in den USA lebende Schweizer.

Herr Dürr wirft ein, dieses Argument könne für die Anliegen der ASO genutzt werden.

Herr McGough sagt, er sei gegen FATCA. Die USA setze damit ihr Begehren nach Daten durch. Die Schweiz unterwerfe sich den Spielregeln der USA und mache sich zum Vollzugsgehilfen.

Herr Descoeudres sagt, die Steuergesetze in Amerika seien sehr streng. Al Capone habe wegen eines Steuerdeliktes hinter Gitter gegessen.

Herr Müller sagt, grosse Staaten wie Russland und China, aber auch kleine wie Singapur und die Kanal-Inseln seine gegen FATCA. Er fragt, warum die Schweiz sich so leicht mobben lasse.

Herr Descoeudres sagt, man verfolge das Verhalten anderer Länder. Die Schweiz sei ein internationaler Finanzplatz. Auch andere Länder hätten FATCA zugestimmt.

Herr Notz regt an, in Davos über die Doppelbesteuerungsabkommen zu sprechen. Auch Kanadaschweizer hätten Probleme mit Bankbeziehungen in der Schweiz. Er spricht den Fall seiner Tochter an.

Herr Descoeudres bestätigt die schwierige Situation in Kanada. Grossbanken hätten eine Kundenanahmepolitik für grosse Vermögen. Kleine Beträge seien problematisch. Einzelfälle könne er nicht beurteilen.

Der ASR stimmt der Vernehmlassungsantwort mit 53 Stimmen bei 3 Gegenstimmen zu.

Herr Aeschlimann spricht das Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich an. Frankreich habe erklärt, dass das geltende Abkommen gekündigt werde, falls bis zum 30. Juni keine andere Vereinbarung getroffen worden sei. In Frankreich Wohnhafte, die in der Schweiz erben würden, müssten zuerst in der Schweiz versteuern und danach in Frankreich. Daher das zur Zeit ausgehandelte, problematische Abkommen.

Herr Eggly sagt, das Schweizer Parlament wisse, dass die ASO absolut gegen das Abkommen sei.

Herr Lemeslif fragt, wie es sich verhalte, wenn jemand in Frankreich erbe.

Frau Etchart fragt, wie Auslandschweizer sich beteiligen können, damit der Entscheid annulliert werde.

Herr Aeschlimann sagt, das Parlament müsse reagieren.

9. Initiativen „gegen Masseneinwanderung“ und „Stopp der Überbevölkerung“

Nationalrat Luzi Stamm führt aus, die Schweiz sei eines der weltoffensten Länder und das solle so bleiben. Die offenen Märkte müssten bleiben, (bilaterale) Verträge mit der EU müssten sein. Nichts damit zu tun habe die freie Einwanderung. Sie habe der Schweiz zunehmend Probleme gebracht. Die Initiative sage, die Schweiz müsse Kontingente haben. Die heutige Einwanderung sei beängstigend. Der jährliche Zuwachssaldo entspreche der Bevölkerung St. Gallen. Werde die Initiative angenommen, hätten die Behörden drei Jahre Zeit, mit der EU zu sprechen.

Herr Gysin sagt, das Parlament habe noch nicht darüber beraten. Der Bundesrat sei dagegen. Werde die Initiative angenommen, sei die Personenfreizügigkeit in Frage gestellt. Die Auflösung wäre katastrophal für die Schweiz und die Schweizer Wirtschaft. Wir seien ein Einwanderungsland geworden und bräuchten die Ausländer. Gesundheitswesen, Restaurants; nichts funktioniere ohne Zuwanderung. Probleme auf dem Arbeitsmarkt wie Sozialdumping müsse verhindert werden.

Herr Stamm sagt, die Personenfreizügigkeit sei weniger wichtig, als die Schweiz es sich vorstelle. Natürlich müsse man im Auge behalten, wie die EU reagiere. Aber es sei Verständnis für die Problematik da.

Herr Baur sagt, er arbeite in Brüssel und es sei nicht so einfach, die Personenfreizügigkeit aufzukündigen, ohne das ganze Gebäude der bilateralen Verträge zu gefährden. Auch Schweizer profitieren von der Freizügigkeit.

Herr McGough sagt, er sei für die Initiativen. Es gäbe viele Einwanderungsprobleme, Leute die Gewalt und Prostitution bringen würden. Diese Leute wolle die Schweiz nicht.

Frau Etchart wirft ein, man könne das Abkommen nicht kündigen ohne die sieben weiteren zu annullieren. Der Kanton Genf habe eine florierende Wirtschaft dank den Grenzgängern. Lohndumping sei geregelt, es gebe nicht mehr Arbeitslosigkeit. Die Schweiz habe grosse Wohnprobleme. Deshalb würden viele, Schweizer wie Franzosen, in Frankreich wohnen.

Herr Müller findet, das Problem sei, dass die Schweiz fälschlicherweise meine, sie müsste die Immigration im Griff haben. Kein Land aber habe sie im Griff. In Bezug auf Integration sollte die Schweiz für einmal Amerika folgen.

Herr Stamm meint, die EU werde nicht auf der Personenfreizügigkeit beharren. Man könne mit der EU gute Lösungen finden.

Herr Zollinger sagt, es gebe kein unbegrenztes Wachstum auf begrenztem Raum. Wir würden unsere Lebensräume kaputt machen. Ecopop sei die einzige Umweltorganisation die nebst technischem Fortschritt und Konsumverhalten den Faktor Bevölkerung einbeziehe. Arbeitswege würden immer länger, Unwohlsein immer grösser, der Wanderungssaldo steige stetig seit der Einführung der Personenfreizügigkeit. Das Schweizer Mittelland sei das dichtest bevölkerte Land in Europa nach San Marino. Man suggeriere eine hochqualifizierte Einwanderung, aber dies sei nicht der Fall. Massgebend sei der Nutzen, den Einwanderer dem Land bringen.

Frau Michel sagt, die Initiative mache sie wütend. Wir wollen alles haben, aber den Leuten keine besseren Möglichkeiten bieten. In Rumänien würden tausende Kinder ohne Eltern leben. Eine ganze Generation wache heran ohne Perspektive. Wir würden mit unserem Überfluss die Lebensgrundlage von armen Ländern nehmen. 50% der Lebensmittel würden bei uns weggeworfen. 70% der Umweltbelastung werde durch unseren Lebensstandard produziert.

Herr Knoblauch findet, beide Initiativen liefen Gefahr, volksverführerisch zu sein.

Frau Etchart verweist auf die Auslandschweizerstatistik welche aufzeigt, dass mehr Schweizer das Land verlassen als einwandern.

Herr Dürr sagt, es sei ein komplexes Thema. Die Annahme der Initiative hätte dramatische Folgen. Die EU warte nur darauf, einen Trumpf gegen die Schweiz in der Hand zu halten. Die Einwanderer seien grösstenteils Deutsche, was eine qualitative Einwanderung sei. Armutseinwanderung könne nicht verhindert werden. In der Regel blieben Leute in ihrem Land, wenn sie die Möglichkeit hätten. Je besser die Bedingungen im Land seien, umso geringer sei die Auswanderung.

Herr Zollinger sagt, es gehe um eine Güterabwägung. Die Verträge zu kündigen habe mehr Vorteile als Nachteile.

Herr Stamm wiederholt, die Einwanderung müsse gesteuert sein.

Frau Michel übernimmt den Vorsitz

13. Amtszeit des Präsidenten. Änderung des ASO-Reglements (Antrag Bloch)

Frau Michel verweist auf das **Dokument R-2013/4**. Sie erklärt, dass der Vorstand den Antrag ablehne.

Herr Bloch führt aus, der Antrag sei keine parteipolitische Aktion und solle niemanden verletzen. Nichtsdestotrotz sitze eine veraltete Gesellschaft im Vorstand. Es sei an der Zeit für eine Verjüngung. Es brauche neue Kräfte mit neuen Ideen. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Meyer-Kaelin erklärt, der Vorstand habe den Antrag geprüft und entschieden, ihn abzulehnen. Der Vorstand fände es problematisch, wenn ein Präsident nur einmal wiedergewählt werden könne. Dies schade der Kontinuität. Ausserdem müsste eine solche Regel wenn schon für den gesamten Vorstand gelten, und nicht nur für den Präsidenten. Bisher seien die Präsidenten der ASO im Schnitt 7 Jahre im Amt geblieben. 23 Jahre seien unter deutschsprachiger Präsidentschaft gestanden, 12 unter französischsprachiger.

Herr Gysin hält fest, dass der Vorstand einen Mehrheitsentscheid getroffen habe, wobei beide Vizepräsidenten den Antrag Bloch unterstützt hätten. Grundsätzlich sei ihm ein Verzicht auf eine Regelung sympathisch. Dies setzt aber voraus, dass die Selbstregulierung funktioniert. Dies ist im Falle der Amtsdauer innerhalb des Vorstands leider nicht der Fall. Herr Bloch greife ein breit vorhandenes Unbehagen auf. Wir alle hätten innerhalb der ASO und des ASR die Balance zwischen Inland- und Auslandmitglieder, zwischen unsern Sprach- und Kulturregionen und zwischen den Generationen zu finden. Eine Vereinskultur werde weitgehend von den leitenden Organen bestimmt. Deswegen sei es richtig, den Fokus auf den Vorstand zu legen. Das zweit-jüngste Vorstandmitglied sei 60 Jahre alt. Das Dienstalter einzelner Vorstandsmitglieder betrage 23, 19, 16, 15 Jahre. Der Vorstand dürfe nicht Teil des Problems sein. Er müsse Teil der Lösung sein. Mit der Amtszeitbeschränkung des Präsidiums gäbe es ein schnelleres Nachrücken und eine bessere Ablösung zwischen den Landesteilen und –sprachen. Herr Gysin bittet, dem Antrag Bloch zuzustimmen.

Frau Michel zeigt die Zusammenstellung des Vorstandes auf: 9 Mitglieder, die Mehrheit davon aus dem Ausland. 3 Inlandmitglieder und ein Präsident. Im Moment sei der Vorstand relativ alt.

Herr McGough sagt, Herr Eggly sei ein hervorragender Präsident, er zeige vollen Einsatz für die ASO. Er lehne den Antrag ab. Es brauche Ruhe und Kontinuität in diesem Amt.

Herr Brulhart erklärt im Namen von ASR-Mitglied Setz, die Organisation brauche eine Verjüngung. Dies setze häufigere Wechsel an der Spitze voraus. ASO und ASR bräuchten eine Erneuerung. Der Antrag Bloch bedeute einen ersten Schritt dessen, was in Davos weitergeführt werde.

Herr Lardi findet, eine Mannschaft, die gewinne, wechsle man nicht.

Herr Lemeslif ist schockiert über den Antrag Bloch. Über die Amtsdauer des Präsidenten könne ausserdem nur diskutiert werden, wenn über die des gesamten Vorstandes gesprochen werde. Er gratuliert dem Präsidenten für die grossartige Arbeit.

Herr Dürr findet, Wechsel und zeitliche Limitierung seien notwendig. Es sei immer schade, sich von einer guten Persönlichkeit an der Spitze zu verabschieden. Aber der Aspekt der Verjüngung sei sehr wichtig.

Herr Guisan sagt, eine Änderung wie vorgeschlagen wäre fatal. Die heutige Regelung sei flexibel. Sei man mit dem Präsidenten zufrieden, wähle man ihn wieder, sonst nicht. Wenn jüngere das Amt übernehmen möchten, dann sollen sie sich melden. Eine Limitierung des Mandats destabilisiere die Organisation. Der Antrag müsse abgelehnt werden.

Frau Etchart ist einverstanden, dass Vorstand und Rat jünger sein sollten. Eine Alterslimite wäre vorstellbar. Aber der Antrag Bloch sei drei Monate vor der Neuwahl des Rats deplatziert. Das heutige Gespann Eggly/Wyder funktioniere sehr gut. Herr Wyder gehe aber im Herbst in Pension und Herr Eggly wäre nicht wiederwählbar. Das wäre das Ende der Kontinuität. Frau Etchart beantragt, das Thema auf März 2014 zu vertagen.

Herr Brunner findet den Antrag Bloch überstürzt. Wenn schon müsste er auf den ganzen Vorstand ausgeweitet werden.

Herr Gerber unterstützt den Antrag, auch weil die Verweildauer in den letzten Jahren bei sieben Jahren lag. Der Antrag sei im Oktober eingereicht worden. Er sei aber dem Rat zu kurzfristig zugestellt worden. Deshalb erscheine er jetzt überstürzt.

Frau Stebner gratuliert und dankt Herr Bloch für den Antrag. Damit werde ein Stein ins Rollen gebracht. Weiter müssten auch Vorstand und ASR verjüngt werden.

Herr Vuillemin wirft ein, Frau Etchart habe einen Ordnungsantrag gestellt. Ausserdem sehe er einen Widerspruch bei der Aussage von Herrn Gysin. Eine Verjüngung sei im Sommer durch die Neuwahl des Rats möglich. Er unterstützt den Ordnungsantrag von Frau Etchart und macht den gleichen.

Frau Etchart wiederholt, sie schlage vor, das Traktandum auf die nächste Amtszeit und damit auf die Frühjahrssitzung 2014 zu vertagen.

Herr Gysin sagt, es solle nicht hinausgeschoben werden.

Der Rat entscheidet mit 32 Ja-Stimmen zu 24 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen, das Traktandum auf die Sitzung im nächsten Frühling zu vertagen.

Herr Vuillemin beantragt, dass eine Arbeitsgruppe eine Verjüngung des gesamten Rats prüft.

Herr Bloch ist konsterniert, wie er abgeblockt worden sei und nicht mehr dazu habe sprechen können. Die Sache sei personifiziert worden, ohne dass dies seine Absicht gewesen sei. Er sei enttäuscht und beleidigt.

Herr Brunner dankt Herr Bloch für seinen Vorschlag. Er beantragt, dass der Vorstand bis im nächsten Frühjahr Vorschläge ausarbeitet, wie der Antrag weiterbearbeitet werden könne.

Herr Eggly versichert, der Vorstand werde im März 2014 Vorschläge unterbreiten.

Der Rat ist damit bei einer grossen Mehrheit und einer Enthaltung einverstanden.

Herr Eggly übernimmt den Vorsitz

10. Swissinfo-Angebote für Auslandschweizer

Herr Braganini, Leiter der Schweiz-Redaktion von swissinfo, erklärt die Neuheiten auf swissinfo.ch. Das Ziel sei es, dem internationalen Publikum zu erklären, was in der Schweiz passiere. Ausserdem solle die Schweizer Sicht auf internationale Geschehnisse gezeigt werden. Auch bieten sie internationale Presseschauen an. Das Zielpublikum seien damit internationale Leser. Seit Beginn des Jahres existiere swissinfo auch auf Russisch. swissinfo sei aber immer noch für die Auslandschweizer da. Es gebe ein Spezialdossier über die Fünfte Schweiz mit Artikeln zu Themen wie Banken, Konsularschliessungen, Porträts von Auslandschweizern, Wahlen in der Schweiz, Veranstaltungen der Dachorganisationen im Ausland etc.

Frau Michel dankt swissinfo für die Informationen und ruft die ASR-Mitglieder dazu auf, swissinfo zur Startseite zu machen.

Herr Wyder beglückwünscht Direktor Peter Schibli zum neuen Auftritt.

11. Schweizer in Italien - Präsentation

Frau Beutler-Fauguel, Präsidentin des Collegamento Svizzero in Italien, berichtet, die Dachorganisation von 62 Vereinen sei 1938 in Florenz gegründet worden. Italien sei das Land mit den viertmeisten Auslandschweizern. Es würden mehr neue Schweizer Vereine gegründet als geschlossen. Erfreulicherweise könnten auch junge Leute motiviert werden. Die Aufgaben des Collegamento seien: Interessen wahren und an die ASO weiterleiten, Unterstützung und Hilfe bei Anliegen der Schweizer Vereine in Italien. Kontaktaufnahme, Informationsaustausch. Die Präsidentin könne auf Regionalvertreter zählen, welche jeweils mehrere Organisationen betreuen würden. Das Komitee des Collegamento bestehe aus 15 Mitgliedern, verteilt auf das ganze Territorium. Italien sei ein langes Land, die Probleme im Süden hätten mit denen im Norden nichts zu tun. Das Collegamento veranstalte jährlich einen Kongress und gebe die Gazzetta Svizzera heraus, welche durch freiwillige Leserbeiträge, einen Beitrag des Bundes und Werbungen finanziert werde. Frau Beutler-Fauguel heisst alle am diesjährigen Kongress in Bergamo willkommen, welcher vom 18.-19. Mai 2013 stattfinden werde.

Herr Gysin übernimmt den Vorsitz

12. Aktuelle Stunde

Frau Michel beklagt die lange Wartezeit zwischen den einzelnen Schweizer Revues, welche die Vereinsarbeit erschwere.

Frau Engel antwortet, dies sei mit den Redaktoren der Regionalseiten diskutiert worden und der Rhythmus könne nicht so einfach über Bord geworfen werden.

Herr Ringger bitte darum, dass etwas getan werde, damit die nicht-biometrische Identitätskarte weiterhin erhältlich sei.

Frau Meyer-Kaelin antwortet, es gebe diese noch, die ASO müsse aber weiter dafür kämpfen, dass sie erleichtert erworben werden könne.

Frau Michel wirft ein, ältere Menschen würden ihre Aufenthaltsbewilligung verlieren, wenn die alte Identitätskarte nicht bleibe.

Frau Etchart sagt, es würden viele Schweizer in Frankreich leben und in der Schweiz arbeiten. Ab dem 31. Mai 2014 würden die Krankenkassenprämien nach dem steuerbaren Einkommen kalkuliert. Das gebe enorme Verteuerungen. Es müsse etwas getan werden.

Frau Mastantuoni versichert, das Problem sei in Behandlung.

Herr Blattmann sagt, es würden weiter Konsularabteilungen geschlossen. Persönliche Vorsprachen seien aber oft nötig. Die Reisedistanzen würden immer grösser und teuer. In seiner Region seien Honorarkonsuln nicht so stark vertreten.

Herr Büchel erklärt, in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats sei man sich dessen bewusst. Zwei Kommissions-Motionen zur Aufrechterhaltung von Chicago und Guatemala kämen demnächst im Plenum zur Behandlung. Im Parlament gebe es eine ganz klare Manifestation fast aller Parteien dafür.

Herr Lichtenstern sagt, Honorarkonsuln könnten für gewisse Aufgaben eingesetzt werden. Er werde wiederum mit Botschafter Brügger darüber sprechen.

Herr Müller kündigt seinen Rücktritt nach 35 Jahren in ASR an. Seine Nachfolgerin sei Marcie Bischof. Er blickt auf eine bewegte, interessante und bereichernde Zeit zurück und dankt dem Sekretariat der ASO. Er freut sich auf das 100-Jahre-Jubiläum der ASO und hat anlässlich dieses eine SWOT-Analyse für die ASO gemacht. Gerne stünde er auch nach seinem Rücktritt weiter für die Anliegen der ASO zur Verfügung.

Herr Eggly dankt Herrn Müller im Namen der ASO für sein unermüdliches Engagement für die ASO, dies trotz gesundheitlicher Probleme. Er sei immer präsent und wachsam gewesen. Herr Eggly drückt seine besten Wünsche für die Zukunft aus und freut sich, weiterhin in engem Kontakt zu bleiben.

Herr Eggly übernimmt den Vorsitz

14. Jahresbericht 2012 – Genehmigung

Der Jahresbericht (**Dokument R-2013/1**) wird einstimmig gutgeheissen.

15. Jahresrechnung 2012 – Genehmigung

Herr Engeler stellt die Jahresrechnung 2012 (**Dokumente R-2013/2a+b**) vor. Die Einnahmen aus Sponsoring/Fundraising seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Entsprechend seien die Kosten reduziert worden. Dass der Abschluss wesentlich günstiger als budgetiert ausfalle, sei auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen sei aufgrund eines Rekurses eine MWSt-Rückvergütung erfolgt und das EDA habe seinen Anteil nicht beansprucht. Zum anderen seien Ferienguthaben der Mitarbeiter abgebaut worden. Insgesamt bleibe ein Verlust von rund CHF 4'000.-. Herr Engeler zeigt auf, dass die Bundessubventionen seit vielen Jahren gleich geblieben sind.

Herr Knoblauch fordert, die Einnahmen in Sponsoring/Fundraising zu erhöhen, allenfalls mit Hilfe von externen Fundraisern. Geld sei vorhanden. Er beantragt, dass der Revisionsbericht in Zukunft den Ratsmitgliedern mit der Jahresrechnung verschickt werde.

Herr Engeler spricht die Anregung an, das Geld der ASO zu Postfinance zu zügeln. Er schlägt dem Rat vor, vorerst bei der BEKB zu bleiben, nachdem erst vor einem Jahr zu dieser gezügelt worden sei.

Herr Brulhart fragt, ob mit der Rückvergütung der MwSt. auch im laufenden Jahr zu rechnen sei.

Herr Engeler informiert, dies sei eine einmalige Rückvergütung gewesen.

Der ASR stimmt der Jahresrechnung 2012 und dem Bericht der Revisionsstelle einstimmig bei Enthaltung des Quästors zu und erteilt dem Vorstand Decharge.

Herr Engeler erwähnt den dem EDA präsentierten Finanzplan 2013-2017. Bundesrat Burkhalter habe beschlossen, der ASO 2013 einen Sonderbeitrag von CHF 30'000 sowie eine jährliche Erhöhung der Bundessubventionen von CHF 100'000 zu bewilligen. Dies löse die Probleme nicht ganz, erlaube aber bis zum Erlass des neuen Bundesgesetzes durchzustehen.

16. Budget 2013

Herr Engeler erklärt das Budget 2013 (**Dokumente R-2013/2a+b**). Das Resultat sei ausgeglichen, die Dienstleistungen könnten wie bisher weitergeführt werden, auch dank der erwähnten Erhöhung der Bundessubvention.

Der Rat stimmt dem Budget 2013 einstimmig mit Enthaltung des Quästors zu.

17. Wahl des Revisionsorgans

Herr Engeler informiert, dass die ASO die Revisionsstelle vor zwei Jahren gewechselt habe und zu BDO gegangen sei. Dies sei nach gut 12 Jahren nötig gewesen und mit dem Wechsel habe eine Ersparnis von über CHF 7'000 erzielt werden können. Er schlägt vor, BDO wiederzuwählen.

Der Rat stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

18. Anerkennung von Schweizervereinen

Herr Eggly informiert, dass eine anstehende Kandidatur noch nicht eingetroffen sei und im August behandelt werde.

19. Verschiedenes

(Keine)

Die nächste Sitzung des ASR findet am **Freitag, 16. August 2013** im Rahmen des 91. Auslandsschweizer-Kongresses in Davos statt. Die ASR-Sitzung im nächsten Frühjahr findet am **Samstag, 22. März 2014** in Bern statt.

Der Präsident dankt den Vertretern des EDA, den Referenten, den Medien, den Gästen, dem Publikum, den Übersetzerinnen, dem Team der Geschäftsstelle sowie den Mitgliedern des ASR für Präsenz und Engagement.

Die Sitzung wird um 17.40 Uhr geschlossen.

Die Protokollführerin: Anna Diezig

